

Klaus Dörre

Nach der Zeitenwende¹

Der Krieg gegen die Ukraine und der Kampf um eine neue Weltordnung

Die Epoche der Ambivalenz und der Kontroversen. Es war unmöglich, eine absolut richtige, zutreffende Ansicht zu haben, man kam der Wahrheit am nächsten, wenn man den bestehenden Zwiespalt in die Analyse des Sachverhalts einbezog. Monolithische Haltungen von vornherein zum Missglücken verurteilt, und wenn sie mit Gewalt aufrecht erhalten werden, zeigen sie desto deutlicher das Atavistische ihres Charakters. (Peter Weiss 1981, 177)

Was Peter Weiss während einer Phase gesellschaftlichen Aufbruchs notierte, trifft unter anderen Vorzeichen auch für die Gegenwart zu. Wir leben in einer Zeit voller Widersprüche, Ungleichzeitigkeiten und Paradoxien, einer Zeit, der einfaches Denken nicht gerecht werden kann. Anders als jene Epoche, die Weiss vor Augen hatte, drängen die heutigen Widersprüche jedoch keineswegs zu einer positiven Synthese. Im Gegenteil, sie eklatieren in Verwerfungen, Krisen und Kriegen, deren jüngster mit dem russischen Angriff auf die Ukraine zum größten europäischen Landkrieg seit 1945 geworden ist. Welche politischen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind, hängt davon ab, wie man diesen Krieg definiert. Haben wir es mit einem Kampf zwischen Autokratien und demokratischen Gesellschaften zu tun (Kagan 2008)? Führt die Ukraine einen Befreiungskrieg, der die Nationwerdung mit Waffengewalt gegen einen imperialistischen Aggressor durchsetzen muss (Balibar 2022)? Oder sehen wir uns mit einem Stellvertreterkrieg konfrontiert, dessen eigentliche Pacemaker einmal mehr der US-Imperialismus und seine NATO-Verbündeten sind (mit unterschiedlichen Akzentuierungen u. a.: v.Schulenburg 2022, Wahl 2022a, 2022b; Crome 2022)?

Ich maße mir nicht an, auch nur eine dieser Fragen erschöpfend zu beantworten. Stattdessen beschränke ich mich auf Überlegungen, die meiner – begrenzten – Expertise entsprechen.² Wie die meisten, die sich an der Kontroverse um den Ukraine-Krieg beteiligen, bin ich weder Fachmann für Geopolitik noch Militär-experte, bewege mich analytisch also auf unsicherem Terrain. Vorab sei deshalb eine Selbstverurteilung gestattet. Ich bin Kriegsdienstverweigerer und lehne militärische Gewalt prinzipiell ab. Als moralisch urteilende Person neige ich zu einem Pazifismus, den ich als analytisch argumentierender Wissenschaftler und öffentli-

1 Für Anregungen und kritische Anmerkungen danke ich Peter Reif-Spirek, Paul Schäfer, Jan Loheit und Peter Wahl.

2 Dabei spitze ich Überlegungen zu, wie sie sich ansatzweise bereits in anderen Beiträgen finden (vgl. Dörre 2022a, 2022b).

cher Soziologe im Fall des Ukraine-Krieges aber nicht konsequent durchzuhalten vermag. Das hängt auch mit den Problemschichten zusammen, in die der Krieg eingebettet ist. Tony Wood plädiert in einem erhellenden Artikel dafür, verschiedene Analysestränge auseinander zu halten. Dem von ihm genannten Problemschichten³ muss ein weiterer Strang hinzugefügt werden. Gemeint ist die Einbettung des Krieges in eine epochale ökonomisch-ökologische Zangenkrise und der in dieser Meta-Krise angelegte Drang zur Selbstauslöschung, den Etienne Balibar und John Bellamy Foster ebenfalls ansprechen (Balibar 2022, 53; vgl. Foster in diesem Heft). Bei der Schlacht um die Ukraine handelt es sich, so meine These, um einen Krieg mit globalen Wirkungen und exterministischen Konsequenzen. Trifft dies zu, so muss dieser Analysestrang zum bestimmenden Zentrum der Kriegsdefinition werden.⁴ Das führt zu einer Bewertung des Ukraine-Krieges, die vorschnelle historische Analogien (imperialistische Konkurrenz um die Neuaufteilung der Welt vor 1914, Appeasement-Politik gegenüber dem historischen Faschismus vor 1939) vermeidet.

Ich begründe diese Positionierung mit einer Zwischenbilanz des Krieges, die zur Frage führt, weshalb der russische Aggressor weltpolitisch keineswegs isoliert ist (I.). Mein Antwortversuch beginnt mit dem exterministischen Potential der Zangenkrise und der in ihr angelegten Gerechtigkeitsproblematik (II.), die dem Putinismus zu einer rebellischen Attitüde verhilft, seine imperialen und innergesellschaftlichen Herrschaftsinteressen jedoch verhüllt (III., IV.). Meine Schlussfolgerung lautet, dass sich die gesellschaftliche Linke eine autonome Position zum Krieg erarbeiten muss; der Kampf für eine nachhaltige New International Economic Order (NIEO) könnte ein Ansatzpunkt sein (V.).

1. Das erste Kriegsjahr – eine Zwischenbilanz

Beginnen wir mit dem Krieg. Der russische Angriff auf die Ukraine stellt, das ist weitgehend Konsens, einen Bruch des Völkerrechts dar. Er verletzt die Souveränität der Ukraine – eines Staates, dessen Grenzen im Gegenzug für den Verzicht auf Atomwaffen auch seitens der Russischen Föderation garantiert wurden. Jenseits dieses Faktums beginnen die Kontroversen. Selbstverständlich muss der Ukraine-Krieg in imperiale Rivalitäten eingeordnet werden, die zu einer neuen Bipolarität von Machtblöcken führen könnten, an deren Spitze die USA und China stehen. Zutreffend ist auch, dass solche Konfrontationen stets mit erhöhter Kriegsgefahr verbunden sind. In Schiefelage geraten entsprechende Argumentationen dann, wenn sie aus (post-)

3 Wood nennt erstens die innere Entwicklung in der Ukraine; zweitens das Vordringen von NATO und EU in das strategische Vakuum, das nach dem Ende des Kalten Krieges in Osteuropa entstanden ist, sowie drittens Russlands Weg vom postsowjetischen Niedergang zum nationalen Wiedererstarken (vgl. Wood 2022).

4 Exterminismus ist ein Begriff, den der marxistische Historiker E. P. Thompson auf die Blockkonfrontation zum Ende des Kalten Krieges angewendet wissen wollte. Benannt werden Mechanismen von Volkswirtschaften, politischen Ordnungen und Ideologien, die »als Schubkraft in eine Richtung wirken, deren Resultat die Auslöschung großer Menschenmassen sein muss« (Albrecht 1997, 1190, siehe grundlegend Thompson 1980).

imperialen Konkurrenzen ableiten, der Krieg sei die quasi gesetzmäßige Folge einer eskalatorischen Logik, die in geopolitischen Interessen der absteigenden Supermacht USA ihre Hauptursache habe.

Das Grundmuster solcher Diagnosen klingt in Eckard Cromes vergleichsweise differenzierter Imperialismus-Analyse an, wenn er Putins Russland attestiert, dass es der westlichen Wiederentdeckung des Krieges als einem legitimen Mittel der Politik »mit über zwanzigjährigem Abstand« folge (Crome 2022, 16).⁵ In solchen Betrachtungen scheint es so, als reagierten Putin und Moskau stets nur auf das, was der Westen und dessen Führungsmacht, die USA, an Völkerrechtsbrüchen und kriegerischen Interventionen vorexerziert haben. Dabei werden die Kontinuitäten einer russischen Gewaltgeschichte ignoriert, die schon vor der Gründung der Sowjetunion begann, sich im »Festungssozialismus« (Derlugian 2014, 131) der Sowjetzeit in spezifischen Ausprägungen fortsetzte und nun im »postimperialen Habitus« (Schlichte 2022) russischer Eliten seine Entsprechung findet.

Realitätsblind werden entsprechende Argumentationen, wenn sie mit dem richtigen Hinweis auf die Vorgeschichte des Ukraine-Krieges den westlichen Anteil an der Eskalationsspirale derart überakzentuieren, dass der Eindruck einer Täter-Opfer-Umkehrung entsteht. So schreibt Peter Wahl:

Der Einsatz des ökonomischen Potenzials der EU in den Assoziierungs-Verträgen [mit der Ukraine], deren Bedingungen natürlich von A bis Z durch Brüssel diktiert werden, setzte neben der NATO-Osterweiterung die Eskalationsspirale im Verhältnis zu Russland in Gang. Der Einsatz von Wirtschaftssanktionen für geopolitische Ziele [...] wurde eindeutig von der EU begonnen. Ab 2014 setzte dann eine Welle von Wirtschaftssanktionen nach der anderen ein. Den Takt gab Washington vor (Wahl 2022a, 10).

Die Darstellung verkennt, dass es sich bei internationalen Konflikten stets um ein komplexes Beziehungsgefüge handelt, in welchem die Konfliktparteien situativ aufeinander einwirken; dabei haben die Wahrnehmungen und Interpretationen des Konflikts seitens der Konfliktparteien immensen Einfluss auf das Konfliktgeschehen. Wenn suggeriert wird, dass durch die NATO-Osterweiterung und die Wirtschaftssanktionen gegen Russland eine Eskalationsspirale in Gang gesetzt wurde, die nahezu zwangsläufig in einen Krieg münden musste, ist das schlicht falsch⁶

Erinnern wir uns: 2014 war das Jahr der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim. Dieser Gewaltakt war offenbar das Muster, an dem sich Putins Entscheidung für den Ukraine-Krieg orientierte. Moskau glaubte wohl, die Ukraine ohne nennenswerten Widerstand überrollen und die Selenskyj-Regierung im Handstreich stürzen zu können. Das Afghanistan-Desaster vor Augen, währte der Machtzirkel um Putin die NATO schwach und uneins. Die Gelegenheit für eine gewaltsame Durchsetzung

5 Der Autor fügt richtigerweise hinzu: »Die Lügen und Verbrechen der USA entlasten die von Putins Russland in keiner Weise.« (ebd.)

6 Klaus Schlichte schlägt vor, systematisch zwischen strukturellen und dynamisierenden Ursachen des Kriegs zu unterscheiden, ein Anspruch, auf den ich hier verweise, den ich selbst aber nicht einlösen kann, zumal das eine präzise Analyse von Originalquellen verlangen würde. Für die soziologische Konfliktanalyse grundlegend: Simmel 1908, 247-336.

großrussischer Interessen schien günstig, zumal sich Moskau auch militärisch im Vorteil wähnte. Rückblickend betrachtet war das eine völlige Fehleinschätzung, gefolgt von einer dilettantischen Militärstrategie. Das Putin-Regime unterschätzte die Widerstandsfähigkeit und Schlagkraft der Ukraine gewaltig. Den Maidan fehlinterpretierte Moskau als ausschließlich vom Westen initiierten Putsch und verkannte die Unterstützung, die der ukrainische Nationalismus bereits genoss. Russlands militärischer Support für die sezessionistischen Bestrebungen im Donbass trugen dazu bei, einen ursprünglich regional begrenzten Konflikt zu internationalisieren.

Die Fehleinschätzungen der russischen Führung beruhen, wie Klaus Schlichte (2022, 423ff) ausführt, teilweise auf einem Hysteresis-Effekt, der bewirkt, dass imperiale Wahrnehmungs- und Interpretationsschemata in einer Zeit weiterwirken, in welcher deren Entstehungsbedingungen nicht mehr existieren. Russische Eliten und, so würde ich hinzufügen, erhebliche Teile der Bevölkerung halten an Deutungen fest, die der weltpolitischen Konstellation real nicht mehr entsprechen. Dazu gehört ein Denken in angestammten Einflussphären, das offene Gewalt und militärische Interventionen im Inneren (der langanhaltende Tschetschenien-Konflikt) wie auch nach außen (u. a. Georgien⁷, Weißrussland, Ukraine) als legitimes Mittel der Politik anerkennt.

Der ›postimperiale Habitus‹ russischer Eliten und seine systematisch produzierten Fehldeutungen haben nun zu einem Desaster geführt – mit dramatischen weltpolitischen Folgen. Dass sich die Ukraine überraschend hartnäckig verteidigen kann, verdankt sie hauptsächlich us-amerikanischen Waffenlieferungen, die 2014 einsetzten. Trotz der Einverleibung der Krim hatten Deutschland und andere EU-Staaten demgegenüber lange an ihrer Politik festgehalten, Russland wirtschaftlich, v. a. über den Bezug von billigen Rohstoffen, einzubinden. Den russischen Truppenaufmarsch vor Augen, mochten Scholz und Macron bis zuletzt nicht daran glauben, dass sich Putin für einen Angriff auf die Ukraine entscheiden würde. Die Behauptung, die EU sei mehr und mehr der us-amerikanischen Linie gefolgt, übergeht solch widersprüchliche Dynamiken. Wirtschaftssanktionen der EU waren offenkundig die Alternative zu europäischen Waffenlieferungen an die Ukraine. Und

7 Der Georgien-Konflikt ist ein beliebtes Beispiel für einseitige Interpretationen. Zweifellos ging der Konflikt 2008 von dem politischen Hasardeur Saakaschwili aus, der versuchte, die abtrünnigen Provinzen Abchasien und Südossetien zurückzuerobern. Die EU und auch Deutschland bemühten sich sofort um einen Waffenstillstand und eine Friedenslösung; auch die NATO rief Georgien und Südossetien zu einem raschen Waffenstillstand auf. Russland nutzte die Gelegenheit, um seine Truppen in der Region zu verstärken. Auf den von Präsident Medwedew zugesagten Rückzug regulärer russischer Streitkräfte bis 2018 warten wir noch immer. Stattdessen hat Russland auch bevölkerungspolitisch alles getan, um sich diese Republiken de facto einzuverleiben und georgische Bevölkerungsteile hinauszudrängen. Zur Vorgeschichte des Konflikts gehört, dass die beiden Regionen sich, von Russland ermutigt, nach Kriegen Anfang der 1990er aus Georgien herauslösen wollten. Diese Vorgeschichte des Georgien-Konflikts wird gerne von jenen ausgeblendet, die im Fall der Ukraine geradezu exzessiv auf die Vorgeschichte verweisen, diesen Teil der russischen Gewaltgeschichte aber allzu oft vergessen. Den Hinweis verdanke ich Paul Schäfer, damals MdB für die LINKE.

bei aller Distanz zu den imperialen Interessen der USA⁸ – kann man es ukrainischen Regierungen verdenken, wenn sie zur Wahrung staatlicher Souveränität Schutz bei einer Atommacht suchten, die großrussischen Interessen auch militärisch etwas entgegenzusetzen hat? Gleich welche geopolitischen Interessen im Spiel sein mögen – um ihre staatliche Souveränität verteidigen zu können, hatte die Ukraine kaum eine andere Wahl, als auf eine enge Allianz mit der NATO und deren Führungsmacht zu setzen.

Wie man es auch dreht und wendet, die Verantwortung für die Kriegsentscheidung liegt *allein* und *ausschließlich* beim Putin-Regime. Für den Angriff auf die Ukraine gibt es *keine* Rechtfertigung. Weder die gebrochenen Versprechen des Westens aus der Gorbatschow-Zeit und die fahrlässige, wenngleich seitens der osteuropäischen Staaten selbst eingeforderte NATO-Ostausdehnung, noch die verpassten Chancen zur Etablierung eines kollektiven Sicherheitssystems, das russische Sicherheitsinteressen einbezieht (siehe hierzu Müller u. a. 2022, 41ff), können die russische Aggression rechtfertigen. Und auch die politischen Fehler ukrainischer Regierungen, die mehr als zögerliche Politik bei der Umsetzung der Minsker Abkommen (Minsk I, II), die Diskriminierung, ja Unterdrückung russischer Minderheiten und der Einfluss radikal nationalistischer oder faschistischer Gruppierungen auf die ukrainische Regierung sind kein zureichender Kriegsgrund. Deshalb kann die Ukraine ein Recht auf Selbstverteidigung in Anspruch nehmen – und dies, sofern es keine bessere Alternative gibt, auch mit militärischen Mitteln.

Eine unvermeidliche Folge ist, dass nun die Eigenlogik des Krieges das Geschehen bestimmt. Der Widerstandswille eines Großteils der ukrainischen Bevölkerung und die westlichen Waffenlieferungen haben dazu geführt, dass der russische Versuch, Kiew im Sturmangriff zu nehmen, um die Selenskyj-Regierung zu stürzen, gescheitert ist. Der Fehlschlag führte zu einer Umgruppierung der russischen Truppen. Nun wird die »Befreiung des Donbass« als wichtigstes Kriegsziel des Putin-Regimes propagiert. Doch selbst im Donbass stößt die Angriffsarmee auf erbitterten Widerstand. Zwar hat sie das unter russischer Kontrolle stehende Territorium erheblich erweitern können, doch es gibt Rückschläge. Ukrainische Truppen sind zum Gegenangriff angetreten und haben zuvor besetztes Terrain zurückerobert. Zudem hat die russische Mobilmachung zu Protesten und Massenflucht aus Russland geführt, die Zeichen für militärische Schwierigkeiten häufen sich, Putin scheint im engeren Machtzirkel nicht mehr unumstritten (vgl. Kagarlitsky 2022). Das nährt die Hoffnung, die Ukraine könne einen militärischen Siegfrieden erreichen, der die Rückeroberung aller russisch besetzten Gebiete umfasst.

Diese Hoffnung ist trügerisch. Zwar können die russischen Truppen die Ukraine weder besetzen noch unterwerfen, doch sie sind militärisch keineswegs besiegt. Wie die Selenskyj-Regierung setzt auch das Putin-Regime nach wie vor auf einen Siegfrieden. Das Mittel der Wahl ist die systematische Zerstörung von kritischer

8 Wer Bernd Greiners (2021) historische Aufarbeitung der US-Außenpolitik zur Kenntnis nimmt, wird kaum in Versuchung geraten, sich in militärischen Konflikten voreilig auf die Seite der USA zu schlagen.

Infrastruktur. Russische Raketen sollen dafür sorgen, dass die Widerstandsfähigkeit einer von basaler Energieversorgung abgeschnittenen Zivilbevölkerung erlahmt. Auch wenn man die Klassifizierung als »Vernichtungskrieg«⁹ ablehnt, ist offensichtlich, dass die russische Militärstrategie den Terror gegen die Zivilbevölkerung gezielt einsetzt, um Kriegsmüdigkeit zu erzeugen. Das ist ein Grund für die schwindende Kompromissbereitschaft der ukrainischen Regierung. Zum Ende des ersten Kriegsjahres hat keine der Kriegsparteien Interesse an einem Waffenstillstand. Von allen Szenarien, die zu Beginn des russischen Angriffs diskutiert wurden, ist ein lange währender Abnutzungskrieg die wahrscheinlichste Variante. Das Sterben wird weitergehen. Noch sind, weil Gegenstand von Kriegspropaganda, genaue Opferzahlen unbekannt. Dass die Zahl getöteter Zivilisten nach kaum zehn Monaten Krieg in die Zigtausende geht, lässt die Gräuel erahnen, die mit dem Waffengang verbunden sind.

Obwohl der Aggressor, ist das Putin-Regime international keineswegs isoliert. Auch wenn die internationale Staatengemeinschaft Moskau mit überwältigender Mehrheit vor einem Ersteinsatz von Atomwaffen gewarnt und auf eine Verhandlungslösung gedrängt hat, wird die Sanktionspolitik der NATO- und EU-Mitgliedsstaaten von wichtigen Ländern des Globalen Südens, unter ihnen nicht nur China und Indien, sondern auch Brasilien und Südafrika, nicht mitgetragen. Staaten, die sich bei der Abstimmung zur entsprechenden UN-Resolution enthielten, repräsentieren die Hälfte der Menschheit. Mit wenigen Ausnahmen ist kaum ein nicht->westliches< Land bereit, Russland mit Wirtschaftssanktionen zu bestrafen (Gresh 2022, 34). Wie ist das zu erklären?

II. Zangenkrise, Exterminismus und der Krieg gegen die Erde

Ein Antwortversuch führt zu imperialen Rivalitäten und Spaltungen, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ihren Ausgangspunkt haben und bewirkten, dass eine kleine Gruppe frühindustrialisierter kapitalistischer Staaten dem großen Rest der Welt das (Nicht-)Entwicklungstempo aufgezwungen hat (Hobsbawm 2017, 17). Die damalige Aufspaltung in ein kapitalistisches Zentrum, in Peripherie und Semi-Peripherie reproduziert sich unter veränderten Vorzeichen bis in die Gegenwart. Im hierarchischen Staatensystem werden globale ökologische und soziale Großgefahren zum Gegenstand von Kämpfen um die Weltordnung.¹⁰ Dies geschieht in der Gegenwart inmitten einer epochalen Zäsur, die als ökonomisch-ökologische Zangenkrise bezeichnet werden kann.¹¹ Das vormals wichtigste Mittel zur Überwindung wirt-

9 Ich habe diesen Begriff, der Assoziationen zur gezielten Auslöschung von Bevölkerung durch deutsche Truppen in der Sowjetunion weckt, wohl zu leichtfertig verwendet (vgl. Dörre 2022b, 216).

10 In diesem Punkt würde ich Klaus Schlichtes Interpretation nur teilweise folgen. Der Kampf um eine neue Weltordnung ist »aus der Zeit gefallen«, aber eben doch real.

11 Ich ziehe diesen Begriff dem der Polykrise vor, weil er eine klare Hierarchie der Krisenursachen benennt. Zur Definition der Polykrise siehe Tooze 2022a, 2022b. Das Grundproblem dieser zweifellos höchst innovativen Heuristik besteht darin, dass sie von Ukraine-Krieg

schaftlicher Stagnation und zur Pazifizierung interner Konflikte im Kapitalismus, die Generierung von Wirtschaftswachstum nach den Kriterien des Bruttoinlandsprodukts, wirkt unter Status-Quo-Bedingungen ökologisch zunehmend destruktiv und deshalb gesellschaftszerstörend. Mit Status Quo sind in diesem Zusammenhang ein hoher Emissionsausstoß, ressourcenintensive Produktions- und Lebensweisen sowie ein steigender Energieverbrauch auf fossiler Grundlage gemeint. Setzen sich die Gegenwartstrends beim Emissionsausstoß sowie dem Ressourcenverbrauch fort, wird sich der Zangengriff von sozialer Not und ökologischen Großgefahren schmerzhaft verstärken. Der Weg führt die Menschheit geradewegs in die »Klimahölle« (Guterres 2022). Schon 2026 werden die CO₂-Budgets, die zur Einhaltung des vom Weltklimarat (IPCC) propagierten 1,5-Grad-Erderhitzungsziels noch zur Verfügung stehen, aufgebraucht sein. Würden alle Maßnahmen, die für eine Eindämmung des menschengemachten Klimawandels bereits vereinbart sind, tatsächlich realisiert, wäre das Ergebnis bestenfalls ein 2,4-Grad-Szenario. Im Ergebnis würden zunächst küstennahe Weltregionen unbewohnbar. Betroffen wären etwa 200 Mio Menschen, die in Gebieten unterhalb des Meeresspiegels leben; im Extremfall könnten bis zu 1,6 Mrd mit einer Unbewohnbarkeit ihrer Heimatregionen konfrontiert sein. Dies vor Augen, ist jeder Krieg, der die seit langem überfällige Nachhaltigkeitsrevolution hinauszögert, »ein Krieg gegen die Erde« (Balibar 2022, 58), ja gegen die menschliche Zivilisation. Für den Angriff auf die Ukraine gilt das trotz der mehr als zwanzig militärischen Auseinandersetzungen, die zeitgleich stattfinden, in besonderer Weise. Das nicht nur, weil er die Schwelle für eine Auseinandersetzung, die mit Atomwaffen geführt wird, dramatisch senkt. Es handelt sich um einen globalen Krieg, der die verfeindeten Lager zu Weichenstellungen veranlasst, die das genaue Gegenteil nachhaltiger Weltpolitiken herbeiführen.

Angesichts seiner zivilisationsbedrohenden Konsequenzen kann der Ukraine-Krieg als Waffengang mit exterministischen Konsequenzen definiert werden. Exterminismus bezeichnet nach E. P. Thompson einen gesellschaftlichen Drang zur Auslöschung während eines letzten Stadiums menschlicher Zivilisation, das mit dem Einsatz der Atombombe 1945 begann. Dieser Drang hat seine strukturellen Wurzeln in einer beständigen Vergrößerung des militärischen Sektors kapitalistischer wie – ehemals – staatssozialistischer Gesellschaften.¹² Er entfaltet sich in

und die Corona-Pandemie über die wirtschaftliche Rezession und Inflation bis hin zu Rechtspopulismus und Demokratieversagen alles zur Krise erklärt, die Zusammenhänge zwischen den Krisenherden aber relativ willkürlich bestimmt. Das fördert unbeabsichtigt politisches Elitenhandeln, das dazu tendiert, einzelne Krisenherde nach kurzfristigen Handlungserfordernissen zu bearbeiten, denn niemand kann alles zugleich angehen oder auch nur aussprechen, was die Heuristik anbietet.

- 12 In diesem Punkt unterscheide ich mich von John B. Foster, der das Streben nach Gewinnbarkeit eines Atomkriegs erster Linie den USA zuschreibt und die sowjetische Nuklearstrategie als bloße Reaktion interpretiert. Das halte ich für zu einseitig. Die Zweitschlagsfähigkeit der Sowjetunion und später Russlands stand zu keinem Zeitpunkt ernsthaft in Frage. Zwar geht die Taylorisierung von Atomwaffen (auf begrenzte Einsätze zugeschnitten) v.a. auf das Konto der USA, aber die Bedrohungslagen sind in vielerlei Hinsicht symmetrisch. Russische Bedenken wegen einer möglichen Stationierung von Tomahawk-Raketen in Osteuropa oder

(Waffen-)Technologie, die eine Selbstauslöschung der Gattung Mensch bewirken kann. Er kulminiert in Kriegen, macht sich aber auch in der Produktion ökologischer Großgefahren bemerkbar. In seiner vielleicht finalen Konsequenz lässt er sich aber nicht monokausal auf das planvolle Handeln mächtiger Eliten zurückführen, wenn gleich divergente strategische Handlungen gesellschaftlicher Akteure jede seiner Ausprägungen beeinflussen. Exterminismus entfaltet sich über Isomorphie, über Pfadabhängigkeiten, wie sie in militärischen Apparaten und politischen Entscheidungszentren entstehen. Deshalb sperrt sich das Exterminismus-Konzept gegen verschwörungstheoretische Deutungen. Doch wie erklärt sich, dass es der »Weltgefahrengemeinschaft« (Beck 1986) nicht gelingt, ökologischen und militärischen Exterminismus in die Schranken zu weisen?

III. Putinismus als Aufstand einer globalen »Unterschicht«

Eine wichtige Ursache ist rasch gefunden. Die »Weltgefahrengemeinschaft« existiert nicht als handlungsfähiger Akteur. Stattdessen wird die Bearbeitung globaler Gefahrenlagen zum Gegenstand von Machtpolitiken, deren Fortsetzung mit anderen Mitteln im schlimmsten Fall Krieg bedeuten kann. Nehmen wir den Klimawandel und die in ihm enthaltene Gerechtigkeitsproblematik als Beispiel. Offenkundig variiert der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgasemissionen mit der jeweiligen Platzierung in der sozialräumlichen Hierarchie von Staaten. Berücksichtigt man die Anteile an den historisch verursachten Emissionen, entfielen 2015 26,3 Prozent auf die USA und 23,4 Prozent auf Europa. Weit dahinter lagen China (11,8 Prozent) und Russland (7,4 Prozent). Betrachtet man hingegen die gegenwärtigen Anteile an den globalen Emissionen, ergibt sich ein anderes Bild. China produziert absolut die größte Menge an Treibhausgasen, Indien liegt hinter den USA an dritter, die Russische Föderation mit einem Anteil von 4,65 Prozent an vierter Stelle. Rechnet man nach Emissionen pro Kopf, verschiebt sich der Problemhorizont erneut. Der Treibhausgasausstoß je Einwohner ist in den USA doppelt so hoch wie in der VR China. Indiens Anteil wird von dem der Bundesrepublik um ein Mehrfaches übertroffen. Und wer in den USA, Luxemburg, Katar oder Saudi-Arabien zu den reichsten ein Prozent gehört, emittiert mehr als das Zweitausendfache eines armen Bewohners in Ländern wie dem Tschad, Malawi, Honduras, Ruanda oder Tadschikistan (vgl. World Resources Institute 2021).

Aus diesen Ungleichheiten ergibt sich eine Gerechtigkeitsproblematik, die global zwischen Nationalstaaten oder Staatenbünden ausgetragen wird. Einerseits ist eine

gar der Ukraine sind berechtigt. Aber russische Iskander-Raketen in Kaliningrad können in kurzer Zeit ebenfalls europäische Hauptstädte erreichen. Die russischen Hyperschallwaffen generell als Rückversicherung für die Zweitschlagsfähigkeit Russlands einzuordnen und insoweit als passive und reaktive Handlung zu interpretieren, ist bestenfalls halbrichtig. Raketen vom Typ Kinchal, die jetzt konventionell bestückt im Krieg gegen die Ukraine eingesetzt werden, sind eine Angriffswaffe. Die AWANGARD-Raketen, nuklear bestückt, sind ebenfalls offensiv einsetzbar. Für entsprechende Hinweise danke ich Paul Schäfer.

rasche Reduktion von klimaschädlichen Emissionen nur möglich, wenn in den großen Flächenstaaten des Südens, allen voran China und Indien, in kürzester Zeit umgesteuert wird. Andererseits können sich entwickelnde Staaten zu Recht darauf pochen, dass die frühindustrialisierten Länder bei der Bekämpfung des Klimawandels eine Vorreiterrolle spielen müssen und die Hauptlast der Kosten zu schultern haben. Diese Interessendivergenz belastet alle Versuche für eine halbwegs planvolle Dekarbonisierung der Weltwirtschaft. Klimawandel und Emissionen sind auch deshalb zum Gegenstand imperialer Rivalitäten und interstaatlicher Auseinandersetzungen geworden. Wenn EU-Europa seine Ökonomien bis spätestens 2045, China seine Wirtschaft aber erst bis 2060 emissionsfrei machen will, ist das aus EU-Perspektive ein unzulässiger Wettbewerbsvorteil, für China aber ein gerechter Ausgleich für die koloniale Erblast.

Betrachtet man die Ursachen des Ukraine-Krieges, wird eine weitere Problematik deutlich. Die Russische Föderation gehört zu den großen Verlierern nicht nur der Globalisierung, sondern auch des Klimawandels. Sie ist ein Staatengebilde mit ökonomisch nur noch semiperipherem Status, dessen Eliten jedoch noch immer Weltmachtgeltung beanspruchen. Die ökonomische Leistungsfähigkeit der russischen Wirtschaft beruht hauptsächlich auf dem Export fossiler Energieträger und knapper Rohstoffe. Es handelt sich um ein »ressourcenextraktivistisches Entwicklungsmodell« (Jaitner 2022, 30), dessen wichtigste Exportgüter v. a. Erdöl und Erdgas sind. Vor dem Ukraine-Krieg waren 52 Prozent der Exporte mineralische Brennstoffe, Mineralöle und auf diesen Rohstoffen beruhende Erzeugnisse (Destatis 2022). Ihre Abhängigkeit von Naturressourcen impliziert, dass die Russische Föderation unweigerlich unter einer Nachhaltigkeitswende in den Abnehmerstaaten zu leiden hätte. Je rascher die Abkehr von fossiler Energie in den Käufermärkten gelänge, desto wertloser würden russische Öl- und Erdgasvorkommen. Mit der Aggression gegen die Ukraine forciert das Putin-Regime deshalb einen Krisenmechanismus, den der Ökonom James Galbraith als »Würgehalsband-Effekt« (2015) bezeichnet hat. In unsicheren Zeiten machen hohe Fixkosten für Gas und Öl die besondere Verwundbarkeit einer auf billiger Natur und hohem Ressourcenverbrauch basierenden Wirtschaftsweise aus. Wie das Würgehalsband bei einem Hund nicht zu dessen Kollaps führt, verhindert wirtschaftliche und politische Instabilität nicht unbedingt jegliches Wirtschaftswachstum, doch die Preise für Energie und – darüber vermittelt – auch für andere Güter steigen schnell an, um, von spekulativen Manövern beeinflusst, zeitweilig wieder zu fallen. Das Auf und Ab beeinträchtigt die Profitabilität betroffener Unternehmen, ihre Investitionsbereitschaft sinkt. Verteilungskämpfe nicht nur zwischen Klassen(fraktionen), sondern auch innerhalb der Staatsapparate gewinnen an Intensität.

Sei es leichtfertig, sei es strategisch geplant, verfolgt das Putin-Regime eine Hochrisikostategie, um sich diesen Effekt zunutze zu machen. Die EU-Mitgliedsstaaten, die bis zum Krieg zu den wichtigsten Handelspartnern Russlands gehörten, hängen in unterschiedlichem Ausmaß von russischem Erdöl und Erdgas ab. Das gilt auch für die Bundesrepublik. Zwar ist die russische Föderation quantitativ

betrachtet ein zweitrangiger Handelspartner, doch eine solche Perspektive verdeckt qualitative Abhängigkeiten. Zugespielt formuliert, beruhen die wirtschaftlichen Erfolge des deutschen Industriemodells wie auch anderer europäischer Ökonomien bis heute auf billigem Erdöl und Gas, das Russland liefert. Knotenpunkte des deutschen Industriemodells, darunter etwa das weltweit größte zusammenhängende Chemieareal in Ludwigshafen, hängen, obwohl das Gas am Markt eingekauft wird, zu etwa 50 Prozent von russischen Lieferungen ab.¹³ Betroffen sind nicht nur die 26000 Beschäftigten der BASF. Im Chemiecluster werden Vorprodukte hergestellt, deren Ausfall die Funktionsfähigkeit industrieller Fertigung weit umfassender in Frage stellt. Steigende Energiepreise, Inflation und gestörte Lieferketten treffen energieintensive Branchen wie die Stahlindustrie besonders hart; halten die damit verbundenen Unsicherheiten länger an, werden sie die klein- und mittelbetriebliche Wirtschaft, aber auch Bereiche der Daseinsvorsorge – Kliniken, Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten – wegen explodierender Preise für Heizung und Stromversorgung umso härter treffen. Deshalb ist längst noch nicht entschieden, wie der Wirtschaftskrieg, der dem Angriff auf die Ukraine folgte, am Ende ausgehen wird.

Russland hat trotz geringerer Liefermengen zunächst von steigenden Energie- und Rohstoffpreisen profitiert¹⁴; für seine Rohstoffe, Erdöl- und Erdgasvorräte findet es neue Abnehmer in Ländern des Globalen Südens. Auch die Militärmaschinerie scheint noch weitgehend funktionsfähig. Allein über selektive Wirtschaftssanktionen lässt sich offenbar kein rasches Ende des Ukraine-Kriegs erzwingen. Das gilt umso mehr, als sich die Sanktionspolitik von NATO und EU durch Zwiespältigkeit auszeichnet:

Von Lissabon bis Tallinn schickten die Regierungen Geld, Waffen und Munition in die Ukraine und bildeten Soldaten aus. Zugleich aber überwiesen sie Milliarden Euro und Dollar nach Moskau, für Gas, Öl und andere Rohstoffe, und stützten damit Russlands Kriegswirtschaft. Damit verschafften sie Putin Spielraum für einen langen Krieg, ermöglichten ihm soziale Wohltaten und Subventionen, er hob etwa die Renten an, lockerte Insolvenzregeln und subventionierte Kredite für Unternehmen. (v. Diesteldorf 2022)¹⁵

Hinter dem Wehklagen über energiepolitische Abhängigkeiten, die zu solch grotesk anmutenden Konstellationen führen, verbirgt sich eine noch weit gravierendere Problematik. Mit der extraktivistischen Weltmarktintegration Russlands und anderer

13 Der Gas-Verbrauch des Standorts im Jahr 2021 lag mit 37 TWh in etwa bei dem der Schweiz. Rund die Hälfte des in Ludwigshafen verbrauchten Gases wurde 2021 zur Strom- und Dampferzeugung genutzt, die andere Hälfte als Rohstoff insbesondere zur Herstellung von Ammoniak, Acetylen und Synthesegas. Mehr als ein Drittel (37%) des von der deutschen Industrie verbrauchten Gases entfällt auf die Chemieindustrie (vgl. Höltzsch 2022).

14 Von Januar bis November 2022 lag der Leistungsbilanzüberschuss Russlands auf einem Rekordniveau von 225,7 Mrd USD; der Überschuss war damit mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr (108,6 Mrd) und bewegte sich damit weit über dem historischen Durchschnitt. (Vgl.: Russland vor Rekordüberschuss in Leistungsbilanz durch hohe Exporteinnahmen (Reuters 2022).

15 Es waren Klimaaktivisten, die frühzeitig und öffentlichkeitswirksam auf diesen eklatanten Widerspruch hingewiesen haben.

(semi-)peripherer Staaten werden neokoloniale Abhängigkeiten fortgeführt, die erhebliche Teile der Bevölkerungen des Globalen Südens noch immer zu Armut und Nichtentwicklung verdammen. Ein Papier aus dem Umweltbundesamt nennt exemplarisch Schwachpunkte dominanter Politikstrategien. Die reichen Länder des Globalen Nordens trügen die Hauptverantwortung für den menschengemachten Klimawandel und den Verlust der Artenvielfalt. Sie hielten Wirtschaftsbeziehungen aufrecht, die trotz des Aufholens von China und einigen Schwellenländern »v.a. den ökonomischen Interessen des Globalen Nordens« (Umweltbundesamt 2022, 12) dienten. Dagegen sei die Unterstützung der reichen Staaten für Nachhaltigkeitsbemühungen im Süden »zu gering« (ebd.). Emissionen, die der Wohlstandsmehrung im Globalen Norden zugerechnet werden müssten, würden teilweise »durch die Globalisierung der Handelsbeziehungen einfach nur externalisiert« (ebd.). Anders gesagt, der reiche Norden verfolgte auch nach 1989 eine Politik doppelter Standards. Vom abhängigen Süden fordert er ein, was er selbst nicht leistet. Die frühindustrialisierten Länder müssten jedoch vorangehen, um jene überfällige Nachhaltigkeitsrevolution in Gang zu setzen, die den Staaten des Globalen Südens überhaupt eine Entwicklungschance bieten würde. Gegenwärtig lassen fortbestehende und neu hinzukommende Abhängigkeiten den ärmeren Ländern jedoch kaum Handlungsspielraum. Selbiges führt dazu, dass demokratische Institutionen, sofern sie in Staaten der (Semi-)Peripherie existieren, schwach und krisenanfällig bleiben. Auch deshalb scheint eine »eindeutige Ausrichtung von Entwicklungs- und Schwellenländern Richtung westlicher Demokratien [...] immer weniger selbstverständlich« (ebd.).

Der Putinismus nutzt die Macht- und Wohlstandsasymmetrien im internationalen Staatensystem, indem er seinen kriegerischen Expansionismus als Aufbegehren gegen westliche Dominanz und Arroganz inszeniert: »Wir stehen«, so Putin,

an einem historischen Wendepunkt, vor dem wahrscheinlich gefährlichsten, unvorhersehbarsten und doch wichtigsten Jahrzehnt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Der Westen ist nicht in der Lage, die Menschheit alleine zu regieren, aber er versucht es verzweifelt, und die meisten Nationen der Welt sind nicht mehr bereit, das zu dulden. Das ist der größte Gegensatz der neuen Ära. Die Situation ist in gewisser Weise revolutionär: Die Oberschicht kann nicht und die Unterschicht will nicht mehr so leben, heißt es bei einem Klassiker. [...] Zeitenwende ist ein schmerzhafter, aber natürlicher und unvermeidlicher Prozess. Die künftige Weltordnung nimmt vor unseren Augen Gestalt an. (Putin 2022)

Was diese Selbstinszenierung geflissentlich ausblendet, ist die Tatsache, dass die Folgen des russischen Angriffskriegs v.a. die Ärmsten der Armen an der südlichen Peripherie treffen. Steigende Preise für Weizen und Mais, die der Krieg zwischen zwei der wichtigsten Exporteure verursacht, lassen Nahrungsmittelpreise in die Höhe schnellen, sodass für Millionen Menschen Mehl und Brot unerschwinglich werden. Dass viele Staaten des Globalen Südens, unter ihnen auch demokratisch verfasste Länder wie Südafrika oder Brasilien, dennoch vor einer Beteiligung an westlicher Sanktionspolitik zurückschrecken, hat wenig mit vermeintlicher Arglosigkeit gegen-

über russischem Expansionismus und rein gar nichts mit der militärischen Stärke des Westens zu tun. Albrecht von Luckes Behauptung, »die entscheidenden Mächte in der zweiten Reihe« – Indien, Indonesien, Brasilien und Südafrika – würden sich stets an den Siegern der Geschichte orientieren (2023, 7), führt am Kern des Problems vorbei. Die russische Aggression stößt weltweit auf Ablehnung; doch die westliche Forderung, Opfer zu bringen, um eine vermeintliche regelbasierte internationale Ordnung zu bewahren, löst im Globalen Süden zu Recht »allergische Reaktionen« (Gresh 2022, 34) aus. Denn diese Ordnung fixiert nicht nur die Herrschaft des kapitalistischen Zentrums, sie beruht seit Jahrhunderten auf Doppelzüngigkeit und völkerrechtswidrigen Aktivitäten auch der westlichen Führungsmächte. Der Irak-Krieg, dessen Legitimation auf einer Lüge beruhte, und das Afghanistan-Desaster sind nur zwei der wichtigsten Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit. Dem Putinismus ist es gelungen, sich den Unmut gegenüber einer westlichen Politik, die mit doppelten Standards operiert, zunutze zu machen. Das lässt sich nur ändern, wenn es aus den alten kapitalistischen Zentren, etwa aus der Europäischen Union, glaubwürdige politische Signale für einen nachhaltigen Kurswechsel gegenüber den Ländern des Globalen Südens gibt.

IV. Oligarchenkapitalismus und neuer Autoritarismus

Das allein würde aber keineswegs genügen, um den gesellschaftsimmanenten Triebkräften des Putinismus etwas entgegenzusetzen. Das Bild einer globalen »Unterschicht«, als deren Sprachrohr das Putin-Regime agiert, verdeckt, dass eine Hauptursache des aggressiven Expansionismus in der inneren Verfasstheit der russischen Gesellschaft zu verorten ist. Für die russische Kapitalismusvariante ist charakteristisch, dass sie eine sozial tief gesplante Gesellschaft hervorgebracht hat: »Eine weitgehend verarmte Bevölkerungsmasse steht einer schmalen Elite von Oligarchen und in Russland den sogenannten ›neuen Russen‹ [...] gegenüber«, konstatiert der Historiker Philipp Ther (2014, 164), der auch die wichtigste Ursache dieser Entwicklung klar benennt:

Russland begann unter dem Einfluss westlicher Ratgeber mit der Privatisierung, bevor dafür ein institutioneller und rechtsstaatlicher Rahmen gegeben war. Das Resultat war die Ausplünderung des Staates und die Bildung einer schmalen Schicht von Oligarchen. Katastrophal wirkte sich außerdem die Deindustrialisierung aus, die unzählige Standorte ruinierte. Außer gewaschenem Geld von Oligarchen floss kaum ausländisches Kapital, weil es an Rechtssicherheit und für Exporte am freien Zugang für den Markt der EU mangelte. (Ebd.)

Dass ein relativ nahtloser Übergang vom sogenannten real existierenden Sozialismus zum russischen Oligarchenkapitalismus möglich war, hängt mit dem spezifischen Charakter dieses Gesellschaftstyps zusammen. Die Gesellschaften sowjetischen Typs waren nicht mehr kapitalistisch, aber auch nicht sozialistisch (vgl. Fehér/Heller 1979). Es handelte sich um variantenreiche Übergangsgesellschaften, deren Entwicklung eine Abfolge unterschiedlicher Herrschaftsformen beinhaltete, die sich

auch nach dem Ende des Stalinismus allesamt durch eine mehr oder minder weitreichende Ausschaltung demokratischer Zivilgesellschaften auszeichneten. Diese widersprüchliche Konstellation erklärt, weshalb ein relativ nahtloser Übergang vom »staatsbürokratischen Sozialismus« zu Spielarten eines »politischen Kapitalismus« (Jessop 2018) möglich wurde, der weniger durch ökonomische Rationalität als von der Möglichkeit zur Aneignung von »Insiderrenten«¹⁶ geprägt ist. Diese hauptsächlich machtgestützte Aneignungsform wurde durch Elitenkontinuität begünstigt. Bis heute beruht sie sowohl auf personellen als auch institutionellen Verflechtungen von alter Nomenklatura und postsowjetischen herrschenden Klassen.

Angehörige der neuen herrschenden Klassen konnten sich des bekannten Arsenal an Landnahmestrategien (zur Konzeption kapitalistischer Landnahmen zuletzt: Dörre 2022c) bedienen. Von der Sowjetunion, die sich außen- und sicherheitspolitisch sowohl durch eine Unterstützung antiimperialistischer Befreiungsbewegungen als auch durch brutale Repression gegenüber oppositionellen und Reformbestrebungen im eigenen Machtbereich auszeichnete, übernahmen die postsowjetischen Machtzirkel v.a. das repressive Element. Der Unterdrückungsapparat, einschließlich des Geheimdienstes, dem Putin angehörte, hatte im neu entstehenden Oligarchenkapitalismus offenbar keine Anpassungsschwierigkeiten. Im Gegenteil, Elitenkontinuität ist in diesen Apparaten in besonderem Maße mit der Bewahrung eines gewaltbetonten »imperialen Habitus« verbunden.

Nach innen nutzten die nunmehr herrschenden Klassenfraktionen spätestens mit dem Machtantritt Jelzins einen Modus Operandi, wie er für marktradikale Regime charakteristisch ist. Zu den Transfer-Mechanismen der expansiven kapitalistischen Landnahme gehörten die Privatisierung von Staatseigentum, oft zu Spottpreisen; das private Abzweigen von Gewinnen aus formell öffentlichen Einrichtungen; die Ausnutzung informeller Beziehungen zu Staatsbeamten zwecks Identifikation von Gesetzeslücken zugunsten von Steuerhinterziehung und Kapitalflucht sowie feindliche Unternehmensübernahmen mit dem Ziel privater Bereicherung. Es ist ihre besondere Beziehung zum Staat und seinen Machtmitteln, die Teile der russischen kapitalistischen Eliten dazu veranlasst, jenes Territorium mit Zähnen und Klauen zu verteidigen, dessen monopolistische Kontrolle ihnen die gesellschaftliche Sonderstellung ermöglicht. Ihre Privilegien wollen sie weder aufgeben noch mit anderen Klassenfraktionen teilen. Deshalb, so Wolodymyr Ischtschenko (2022, 34) in gewissermaßen indirekter Kontrastierung zur Interpretation Klaus Schlichtes, sei es keineswegs Ausweis nostalgischer Irrationalität, wenn der Kreml von »Souveränität« oder »Einflussphären« spreche. Entsprechende Rhetoriken artikulierten die kollektiven Interessen von russischen politischen Kapitalisten, die auf selektive Vergünstigungen des Staates angewiesen seien.

16 Der Begriff der »Insiderrente« stammt von dem marxistischen Ökonomen Ruslan Dsarassow. Die Kategorie thematisiert Übergewinne, die »Insider« dank ihrer Kontrolle über Finanzströme und ihrer Beziehungen zu hohen Regierungsbeamten realisieren können. Renten bezeichnet hier ein ohne Gegenleistung erzieltes Einkommen (vgl. Dsarassow 2016). Den Hinweis verdanke ich Jan Loheit.

Max Webers Konzept eines die Marktrationalität verzerrenden politischen Kapitalismus ist jedoch zu unspezifisch, um für eine umfassende Analyse post-sowjetischer Gesellschaften zu taugen. Zusätzlich müssen die Verschiebungen innerhalb des herrschenden russischen Machtblocks Berücksichtigung finden, die sich seit der marktradikalen Schocktherapie unter Boris Jelzin vollzogen haben. Zurecht verweist Felix Jaitner (2022, 32f) auf den Aufstieg einer Klassenfraktion national-konservativer Kräfte, die das Ende der Westorientierung mit einer wirtschaftlichen Binnenorientierung und aggressiv-expansivem Nationalismus verbindet. Der Aufstieg dieser nationalistischen Kräfte verdankt sich sozialen Verwerfungen, die bis heute ihre Spuren hinterlassen.

Während sich infolge der Schocktherapie in den Städten nur vergleichsweise kleine Mittelklassen herausbilden konnten, die einen Markt für informelle, überwiegend schlecht bezahlte Dienstleistungstätigkeiten schufen (Gürth 2021; Morris 2020), herrschte auf dem Land oftmals die blanke Not. Die ökonomische Erholung nach der Jahrtausendwende hat daran wenig geändert. Daraus resultierende Konflikte werden in einem politischen System bearbeitet, das als »imitierte Demokratie« (Wood 2022, 11) zu bezeichnen ist. In diesem System können Spannungen, die aus Stadt-Land-Gegensätzen, klassenspezifischen oder anderen sozialen Ungleichheiten hervorgehen, nicht in geeigneten demokratischen Institutionen ausgetragen werden. Eine Gesellschaft, in der sich 89 Prozent des Gesamtvermögens auf die reichsten drei Prozent der Bevölkerung verteilen und ein Drittel der Bevölkerung vor der Erreichung des Rentenalters stirbt, verfügt über kein System organisierter Arbeitsbeziehungen und kollektiver sozialer Sicherungen, das als soziales Korrektiv wirken könnte. Der offizielle Gewerkschaftsdachverband FPNR positioniert sich regierungsnah, während der Dachverband KTR von Repressionen bedroht wird. Proteste wie in der Automobilindustrie und im Gesundheitswesen finden keinen angemessenen Ausdruck im politischen System. »Klassenpolitik in Russland«, so Jeremy Morris (2020, 2), kommt »in den Mainstream-Medien« kaum vor; Arbeiterproteste und sozialer Aufruhr werden öffentlich ignoriert. Zugleich dürften Zweifel, dass russische Arbeiter »bei ihren Lebens- und Arbeitsstandards irgendwelche realen Verbesserungen erleben werden« (5), zu erheblichen Sympathieverlusten der Putin-Administration beigetragen haben. Nationalistische Mobilisierungen dienen deshalb auch, ja, man könnte sagen v.a. der Befriedung nach innen, denn die eskalatorische Logik des Krieges erzeugt Gefolgschaft. Die Zustimmung zum Krieg lag in der russischen Bevölkerung zu Beginn bei 60 bis 70 Prozent (Ischtschenko 2022, 38). Weil Wut und Enttäuschung in weiten Teilen der Bevölkerung nicht in demokratischen Institutionen und mittels demokratischer Verfahren ausgetragen werden, kann Protest in ethnischen Nationalismen kanalisiert werden, die ein Ideal proklamieren, das vermeintlich über den Klassen schwebt. Putin nutzt den Krieg für ein wichtiges innenpolitisches Ziel. Es geht darum, einen schwachen »postsowjetischen Cäsarismus«, dessen Unfähigkeit, subalterne Klassen und Nationen zu führen, durch die Aufstände u.a. in Belarus und Kasachstan überdeutlich wurde, in ein vermeintlich stabileres imperiales Projekt umzuwandeln (35).

Um es zugespitzt zu formulieren: Die Gründe für den praktizierten Angriffskrieg lassen sich weder auf geopolitische Interessen des Westens noch auf die zweifelsohne hoch problematische Ost-Ausdehnung der NATO zurückführen. Und sie dürfen auch nicht auf die ökonomischen Interessen herrschender Klassenfraktionen reduziert werden, denen der russische Soziologe Boris Kagarlitsky (2016) noch vor wenigen Jahren eine »kosmopolitische« Ausrichtung attestierte. Der expansive Charakter des Putinismus beruht wesentlich auf einem Willen zur Akkumulation politischer Macht, dem vorerst weder eine demokratische Zivilgesellschaft noch das politische System Grenzen setzen. Der Putinismus, getragen von einem sozialen Block, der sich neben zahlenmäßig winzigen Gruppen einflussreicher Oligarchen auch auf Teile der subalternen Klassen stützt, entfaltet sich frei von Möglichkeiten zu demokratischer Selbstkorrektur des politischen Systems. Sein neo-imperiales Streben nach Ausdehnung des eigenen Herrschaftsbereichs hat sich gegenüber ökonomischen Interessen verselbstständigt, denn längerfristig werden Krieg und Wirtschaftssanktionen auch zum Niedergang der russischen Wirtschaft führen und die Zerrüttung der Gesellschaft vorantreiben. In der Ablösung der expansiven Ideologie von ökonomischer Rationalität ähnelt der Putinismus klassischen Imperialismen, für die galt, dass der »unbegrenzte Prozess der Kapitalakkumulation« zu seiner Sicherstellung einer Machtakkumulation bedurfte, die »durch nichts begrenzt werden darf außer durch die jeweiligen Bedürfnisse der Kapitalakkumulation« (Arendt 2006, 326). Auch der Putinismus nutzt seine militärisch-staatlichen Machtmittel, um seinen Einfluss über die Grenzen seines staatlichen Territoriums hinaus auszudehnen. Allerdings handelt es sich weder um klassischen Imperialismus noch um eine Renaissance des Sowjetkommunismus. Putin personifiziert einen exterministischen Autoritarismus, der unter den Bedingungen der Zangenkrise auf den Niedergang der einstigen Supermacht Sowjetunion reagiert. Der Exterminismus des Putin-Regimes mischt Versatzstücke zaristischen Großmachtstrebens mit panslawistisch-völkischem Nationalismus, orthodox-religiösem Fundamentalismus, Sowjetnostalgie und einem Weltbild, das dem Freund-Feind-Schema eines Carl Schmitt entspricht. Diese zusammengebastelte Ideologie, die in der multinationalen Russischen Föderation als ethnisch-russischer Nationalismus erst ab 2012 dominant wurde (Wood 2022, 9), soll expansive Absichten legitimieren, doch sie verfügt über keinen Gesellschaftsentwurf, der positiv ausstrahlen könnte. Ihre Massentauglichkeit beruht auf Repression, kombiniert mit Führerverehrung, der Beschwörung traditioneller Werte, Gefolgschaft qua Unwissen und verbreiteter Leidensfähigkeit der russischen Bevölkerung. Als nackter Kern des Putinismus bleibt sein Streben nach Ausweitung, mindestens aber Stabilisierung von Einflussphären, gepaart mit dem Wunsch nach Totalisierung politischer Macht. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien drei Merkmale hervorgehoben, die der Putinismus mit anderen autoritären Mobilisierungen der Gegenwart (Frankenberg/Heitmeyer 2022) teilt.

Erstens inszenieren sich diese Formationen als Protagonistin einer machtpolitisch gerechtfertigten »Gegenlandnahme«. »Take back control!«, »Wir holen uns unser Land zurück!«, lauten ihre Schlachtrufe. Wirkung können solche Parolen nur

erzielen, weil sie auf einer Uminterpretation der strukturellen Ursachen von kapitalistischen Landnahmen und den mit ihnen verbundenen Kontrollverlusten beruhen. Landnahmen sind nach Carl Schmitt, einem intellektuellen Stichwortgeber der radikalen Rechten, dann legitim, wenn sich die kulturell und zivilisatorisch vermeintlich überlegenen Staaten und Völker durchsetzen. Landnahme »nach Außen (gegenüber anderen Völkern) und nach Innen (für die Boden- und Eigentumsordnung innerhalb eines Landes)« ist nach Schmitt »der Ur-Typus eines konstituierenden Rechtsvorganges« (1950/1974, 414). Landnahmen sind dann legitim, wenn das okkupierte Territorium früheren Eigentümern und Bevölkerungen im Namen einer höheren Zivilisationsstufe genommen wird (171f). Eine Aneignung fremden Landes beinhaltet demnach kein normatives Problem; jede ursprüngliche Landnahme ist ein Recht schaffender, amoralischer Vorgang. Im Begriff des Nomos, der Landnahme als einem ursprünglichen Rechtsakt (13), begründet die behauptete höhere Zivilisationsstufe ein Verhältnis kulturgebundener Über- und Unterordnung.

Die Ideologie des Putinismus fügt dieser Legitimation von Landnahmen eine Besonderheit hinzu. Indem sie die staatliche Souveränität der Ukraine bestreitet und deren Existenz zum Landraub erklärt, begründet sie zugleich einen russischen Herrschaftsanspruch, der gegenüber einem sich ökonomisch und politisch immer stärker am Westen orientierenden Staat nur mit Gewalt durchgesetzt werden kann. In der Kontinuität des schmittschen Landnahmebegriffs lässt sich die Welt als Schlachtfeld begreifen, auf dem jedes Land das Interesse verfolgt, sich gegen andere Staaten durchzusetzen. Eine Weltordnung, die sich auf universelle, global gültige Nachhaltigkeitsziele verständigt, erscheint als Ausdruck einer naiven One-World-Ideologie, der sämtliche negativen Globalisierungsfolgen zugerechnet werden. Feindbild sind westliche, liberale Eliten, die angeblich nationale Interessen leugnen und große Teile der eigenen Bevölkerung durch Wirtschaftsliberalismus, Masseneinwanderung, Unterstützung von Minderheiten und ›Verrat‹ an den einfachen Leuten zu Fremden im eigenen Land machen.

Die Selbstverortung in der internationalen Hierarchie korrespondiert zweitens mit dem Unmut von Männern und Frauen, die sich erniedrigt fühlen. Solche Empfindungen können zahlreiche Ursachen haben. Aus Kriegsniederlagen und dem Abstieg großer Mächte können sie ebenso entstehen wie aus dem Verharren in einer (semi-)peripheren Position in der Weltgeographie. Autoritäre Regime beuten solche Empfindungen aus. Sie festigen ihre Macht durch Kontrolle über das Informationssystem und tendieren zu einer Sprache, die, wie es George Orwell antizipierte, Krieg zu Frieden und Freiheit zu Unterdrückung erklärt. In Putins Jargon hieß der russische Überfall lange »Spezialoperation«; die Klassifizierung als Krieg wurde in der Öffentlichkeit mit einem Tabu belegt, während die eigenen neo-imperialen Bestrebungen unter Ausbeutung kollektiver Erfahrungen aus der Zeit des »Großen vaterländischen Krieges« noch immer als Akt der »Entnazifizierung« und »Demilitarisierung« verklärt werden. Um diesen Neusprech durchzusetzen, zerstört der putinsche Autoritarismus demokratische Öffentlichkeiten und mit ihnen zugleich die Grundlagen wissenschaftlicher Vernunft.

Dies kann drittens nur gelingen, wenn an die Stelle von Rationalität und Wissenschaftlichkeit (Irr)Glaube und Verschwörungsmymen treten, die radikale Unsicherheit und Ungewissheit mit scheinbarer Zurechenbarkeit und Ordnungsversprechen beantworten. Das wichtigste Bindemittel jedes historischen Blocks der radikalen Rechten sind Ängste, die Arme und Reiche, Herrschende und Beherrschte verbinden. Im Falle des Putin-Regimes erzeugt der angstbasierte Machtrieb eine besondere Isomorphie. Putin mag weder verrückt noch ein Selbstmörder sein – die innere Dynamik seines Militärapparates und des russischen Militärisch-Industriellen Komplexes (MIK) könnte dennoch dazu führen, der Drohung mit einem Atomschlag, der in einen dritten Weltkrieg mündet, Taten folgen zu lassen. Aus Sicht des Kremls steht das okkupierte ukrainische Territorium nunmehr unter dem Schutz russischer Atomwaffen. Was würde geschehen, wenn die Ukraine tatsächlich zu einer großangelegten Rückeroberung in der Lage sein sollte? Würde das Putin-Regime in einem solchen Fall wirklich auf den Einsatz taktischer Atomwaffen verzichten? Alle, die dies annehmen, schreiben Putin und dem Putinismus eine Rationalität zu, die sie ihnen auf den meisten anderen Gebieten absprechen. Wie nah die Welt einer Auseinandersetzung ist, die mit Nuklearsprengköpfen geführt wird, haben die Reaktionen auf einen Raketeneinschlag gezeigt, der zu Todesopfern auf polnischer Seite führte. Eine unbesonnene Reaktion der NATO, wie sie ukrainische Spitzenpolitiker nahelegten, hätte den Bündnisfall auslösen und zur direkten Konfrontation von Atommächten führen können. Die exterministischen Konsequenzen eines Atomkrieges sind es, an der letztendlich alle noch so fundierten, jedoch in ihren jeweiligen Rationalismen gefangenen Erklärungsversuche aus dem politikwissenschaftlichen Deutungskosmos internationaler Beziehungen scheitern. Das gilt mit unterschiedlichen Begründungen sowohl für die liberale als auch für die realistische Schule. Im Zeitalter atomarer, chemischer und biologischer Massenvernichtungswaffen beinhaltet die Logik der Abschreckung eine zivilisationsbedrohende Tendenz, und keine Regierung der Welt kann garantieren, dass der in dieser Logik angelegte Vernichtungsdrang dauerhaft zu kontrollieren ist. Die Doktrin nuklearer Abschreckung beruht auf einer Ansammlung von unbewiesenen Glaubenssätzen, deren Wirkmächtigkeit einzig und allein darin wurzelt, dass ihre empirische Verifizierung qua Definition ausgeschlossen bleibt.¹⁷

V. Einige Schlussfolgerungen

In einer »Epoche der Ambivalenz«, so lässt sich festhalten, muss zwangsläufig vieles strittig bleiben, jedes Argument trifft auf gehaltvolle Gegenargumente. Sicherlich war die Westausdehnung der NATO falsch und ein Verstoß gegen mündliche Abmachungen, die seinerzeit mit Michael Gorbatschow getroffen wurden (vgl. Müller

17 Insofern frage ich mich, was es bedeuten soll, wenn Paul Schäfer (2022) argumentiert, Putin dürfe nicht die Definitionsmacht über den Ersteinsatz von Atomwaffen haben. Wer und was soll sie ihm nehmen? Die Fähigkeit der USA, einen Enthauptungsschlag durchzuführen? Die hat Putin nicht vom Angriff auf die Ukraine abgehalten.

u. a. 2022); die Rechtfertigung für einen Angriffskrieg ist damit aber nicht gegeben. Selbstverständlich kann man dennoch gegen eine Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine sein – doch hieße dies, dass sich das Land mit leichten Waffen zu verteidigen hätte oder kapitulieren müsste. Selbstverständlich kann man Sanktionen in Frage stellen – doch welche Mittel gäbe es dann, um dem Aggressor Einhalt zu gebieten? Wie könnten Widerstandsformen einer Bevölkerung aussehen, die ein umfassendes Konzept ziviler Verteidigung niemals eingeübt hat? Und ja, auch die Ukraine ist, so wie alle postsowjetischen Gesellschaften, ein Oligarchenkapitalismus und damit alles andere als eine ›Vorzeigedemokratie‹. Erst jüngst hat ein Gesetz, das noch in Vorkriegszeiten unter dem Einfluss des Internationalen Währungsfonds (IWF) ausgearbeitet wurde, elementare soziale und gewerkschaftliche Rechte de facto außer Kraft gesetzt (Röthig/Yarmolyuk-Kröck 2021; ÖGB 2021). Unverkennbar besitzt auch der ukrainische Nationalismus ethnische Wurzeln und antisemitische Traditionen. Deren ungebrochene Aktualität, wie sie in Verlautbarungen ukrainischer Spitzenpolitiker deutlich wird, die den für Pogrome an der jüdischen Bevölkerung verantwortlichen Stepan Bandera als Nationalhelden feiern, darf unter keinen Umständen bagatellisiert werden. Doch erlaubt es all dies, einen Nationalismus, der gegenwärtig v. a. auf die staatliche Souveränität der Ukraine pocht, mit den imperialen Gelüsten des Putinismus gleichzusetzen; eines Machtblocks, der anders als die ukrainischen Eliten über ein zivilisationsbedrohendes Arsenal an Atomwaffen verfügt und nicht davor zurückscheut, radikal rechte und faschistische Formationen von der deutschen AfD bis zum französischen Rassemblement National für seine Ziele einzuspannen? Ich bezweifle das. Zwar schreien die inneren gesellschaftlichen Widersprüche und die Selbstlegitimationen der Selenskyj-Administration nach tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen; doch es handelt sich eben um *innere* Gegensätze, die von ukrainischen Akteuren bearbeitet werden müssen. Den russischen Angriffskrieg rechtfertigen sie nicht.

Stellt man dies in Rechnung, ergibt sich für die Diskussionen innerhalb der Friedensbewegung und der gesellschaftlichen Linken zunächst ein methodologisches Postulat. In einer Epoche der Ambivalenz sind auseinanderstrebende Einschätzungen naheliegend und Einigungen auf vermeintlich Eindeutiges unwahrscheinlich. Anstand zu bewahren und einander zuzuhören, um zumindest diskussionsfähig zu bleiben, ist unter solchen Umständen eine Minimalanforderung an emanzipatorische Politik jeglicher Couleur. Nur so ist Handlungsfähigkeit trotz teilweise antagonistischer Positionen zu erreichen. Ob dieses methodologische Postulat innerhalb einer Partei oder im Wettstreit unterschiedlicher politischer Organisationen ausgetragen wird, ist dabei zweitrangig.

Von einer konstruktiven Grundhaltung, die den möglichen eigenen Irrtum als reale Möglichkeit einbezieht, sind die gesellschaftliche Linke im erweiterten und die deutsche Linkspartei im engeren Sinne gegenwärtig meilenweit entfernt. Kontroversen um den Ukraine-Krieg werden wechselseitig so ausgetragen, als gäbe es nur die eine unumstößliche Wahrheit. Dabei steht die Erbitterung, mit der der Streit um ›Appeasement‹ oder ›Neo-Imperialismus‹ geführt wird, in einem grotesken

Missverhältnis zu den Einflussmöglichkeiten, über die gesellschaftliche Linke und Friedensbewegungen derzeit verfügen. Gleich, wie man sich inhaltlich positioniert – ob, wie und wann der Ukraine-Krieg beendet werden kann, entscheiden Machtzentren und Eliten in den direkt oder indirekt beteiligten Staaten, die von unten und aus der linken Opposition heraus nur sehr begrenzt zu beeinflussen sind. Wer die harten machtpolitischen Realitäten verkennt, wird auf der politischen Bühne nur noch die Rolle eines Statisten spielen können – und das wahrscheinlich für Jahrzehnte. Eine tabulose Debatte um die Definition des Ukraine-Krieges, seine Ursachen und Folgen ist deshalb eine Grundvoraussetzung, um einem solchen Schicksal zu entgehen. Deshalb darf das Postulat einer konstruktiven Kontroverse nicht als Aufforderung zu inhaltlicher Beliebigkeit missverstanden werden. Vielmehr führt es zurück zur Ausgangsthese und den eingangs aufgeworfenen Fragen:

Exterminismus: Unter den Bedingungen einer ökonomisch-ökologischen Metakrise mit finalen Konsequenzen wird jeder militärische Konflikt unweigerlich zu einem »Krieg gegen die Erde« (Balibar 2022, 58). Doch der Ukraine-Krieg wirkt als besonders großer Bremsklotz für jegliche Spielart von Nachhaltigkeitspolitik. Nachhaltigkeit eignet sich als Gegenbegriff zum Exterminismus, weil sie, so der Vorschlag des marxistischen Soziologen Karl Hermann Tjaden, die Überwindung jeglicher Form von Gewalttätigkeit und damit auch »den Verzicht auf kriegerische Mittel der Politik« einfordert (2002, 16). Gewalttätigkeit schließt nach diesem Verständnis ein instrumentelles Verhältnis zur außermenschlichen Natur ein, wie es sich seit der neolithischen Revolution herausgebildet hat und in seinen modernen Ausprägungen in der Zangenkrise eskaliert. So verstanden, können Politiken, die den Anteil des Rüstungsetats am BIP auf zwei Prozent oder mehr festlegen wollen und eine langanhaltende Steigerung der Rüstungsproduktion anvisieren, unter keinen Umständen nachhaltig sein. Sie bedeuten das Gegenteil und sind Treiber eines doppelten Exterminismus, denn sie steigern sowohl die Atomkriegsgefahr als auch die Bedrohung durch einen Ökozid. Aus dem Nachhaltigkeitsgebot folgt, dass der Ukraine-Krieg so rasch wie möglich beendet werden muss. Einen »Siegfrieden«, gleich für welche Partei, kann es nicht geben. Die Waffen müssen schweigen, so rasch wie möglich. Alles andere bedeutet den Bruch mit Nachhaltigkeitszielen, denn die Ressourcen, die für Aufrüstung und Krieg verschwendet werden, fehlen, wenn es um eine radikale Veränderung noch immer hegemonialer Produktions- und Lebensweisen geht.

Autokratie versus Demokratie: Legt man den Nachhaltigkeitsmaßstab an, lässt sich die Autokratie-Demokratie-Dichotomie nicht aufrechterhalten. Dies nicht nur, weil im Inneren liberaler Demokratien autoritäre Gefahren heranwachsen. Die Bonapartes eines neuen Autoritarismus, mögen sie nun Bolsonaro, Trump oder Melloni heißen, sind jeweils durch demokratische Wahlen in ihre Ämter gelangt. Selbst in der sozialen Demokratie Schwedens mischen mittlerweile politische Rechtsausleger bei Regierungsentscheidungen mit. Und selbstverständlich sehen sich Biden und Lula auch nach der Abwahl ihrer jeweiligen autokratischen Widersacher mit starken national-radikalen Lagern konfrontiert, die das politische Geschehen beeinflussen.

Auch die liberalen Demokratien des Globalen Nordens werden so mehr und mehr zu »bonapartistischen Demokratien«, in denen die überfällige Nachhaltigkeitsrevolution ausbleibt, weil ein Wechselspiel aus marktradikalen Politiken und imaginären Revolten von rechts die dringend nötigen Veränderungen blockiert.

Demokratie besitzt unter den Bedingungen der Zangenkrise längerfristig nur eine Zukunft, wenn sie auf wirtschaftliche Entscheidungsmacht ausgedehnt, auf substantielle Gleichheit der Gesellschaftsmitglieder gegründet und strikt an ökologischen Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet wird. Wie tiefgreifend die Veränderungen der Produktions- und Lebensweisen sein müssen, die einer Erweiterung von Demokratie entsprechen, hat Lucas Chancel (2022) unlängst in einer bahnbrechenden Studie angedeutet. Wurden 1990 noch 62 Prozent der klimaschädlichen Emissionen durch die Ungleichheiten *zwischen* Ländern verursacht, waren 2019 nahezu zwei Drittel aller Emissionen auf Ungleichheiten *innerhalb* nationaler Gesellschaften zurückzuführen. Die Zeit, in der die untersten Einkommensgruppen der reichen Länder mehr emittierten als die wohlhabendsten Gruppen der armen Staaten, ist vorbei. Heute verursachen die unteren und mittleren Vermögens- und Einkommensgruppen in Europa und Nordamerika deutlich weniger als die oberen zehn Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung in Asien, Russland und Lateinamerika. Die Emissionen der ärmeren Bevölkerungshälfte in Europa und Nordamerika sind seit 1990 um mehr als ein Viertel zurückgegangen, während sie in den (semi-)peripheren Ländern im gleichen Ausmaß zugenommen haben. Die unteren und mittleren Einkommens-/Vermögensgruppen in Europa und Nordamerika haben Werte erreicht, die denen der Pariser Klimaziele mit einer jährlichen Emissionslast von knapp zwei Tonnen pro Kopf nahezu entsprechen. Die wohlhabendsten ein Prozent emittierten hingegen 2019 26 Prozent mehr als vor 30 Jahren, die reichsten 0,01 Prozent gar 80 Prozent mehr. Hauptursache für die steigende Emissionslast sind die Investitionen, nicht der individuelle Konsum.

Investitionen sind aber nur eine Chiffre für das dynamische Besitzprinzip, das organisch mit Akkumulationszwang und Wachstumsdrang verbunden ist. Die expansive kapitalistische Dynamik kann, wie ein Blick auf die Europäische Union zeigt, zumindest regional und zeitlich begrenzt durchaus mit einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Emissionen einher gehen. Doch im globalen Maßstab sinken die Emissionen viel zu langsam, um einen nachhaltigen Klimaschutz zu ermöglichen. Zudem sind die Emissionsreduktionen auch in der EU in erster Linie ein Verdienst einkommensschwächerer Haushalte (Ivanova/Wood 2020). Weil Personen mit »kleinen Geldbörsen« ihren Gürtel auch aufgrund sinkender Realeinkommen, steigender Preise oder staatlich verordneter Austerität enger schnallen müssen, werden die verschwenderischen Lebensstile der oberen Klassen im statistischen Mittel zum Verschwinden gebracht. Verdeckt wird, dass die Kosten, die Gesellschaften bestreiten müssen, um kapitalistische Produktionsweisen überhaupt noch am Leben zu halten, immer höher werden.

Würden die Finanzmittel, die Gesellschaften aufzubringen haben, um die Profitwirtschaft funktionsfähig zu machen, privaten Unternehmen in Rechnung gestellt,

stieße die kapitalistische Produktionsweise rasch an ihre Grenzen. Hätten diese Unternehmen zusätzlich jene unter- oder unbezahlten Reproduktionsarbeiten zu finanzieren, die der Produktion des Lebens dienen, stünden Pleitewellen ins Haus. Würden diese Unternehmen auch noch für die Überausbeutung in transnationalen Wertschöpfungsketten zur Rechenschaft gezogen, die Tiefstpreise für Güter des Massenkonsums in den Gesellschaften des Globalen Nordens überhaupt erst möglich machen, müssten die meisten von ihnen in der Marktkonkurrenz kapitulieren. Und wäre der Aneignung von unbezahlter Datenarbeit durch private Unternehmen, wie sie mit jeder Betätigung einer Suchmaschine oder der Nutzung eines Smartphones geleistet wird, mit konsequentem Verbraucherschutz und angemessener Besteuerung der Hightech-Unternehmen ein Riegel vorgeschoben, könnten nicht einmal die großen Digitalkonzerne ohne grundlegende Veränderungen ihrer kreditfinanzierten Geschäftsmodelle überleben. Kurzum, der Kapitalismus ist auch und gerade in seinen alten Zentren zu einem strukturell ineffizienten, auf chronischer Nicht-Nachhaltigkeit beruhendem System geworden. Das Autokratie-Demokratie-Schema ist völlig ungeeignet, um dieser Problematik auch nur annähernd gerecht zu werden. Das auch, weil es den ökologischen Exterminismus verdeckt, dem westliche Demokratien Vorschub leisten, wenn sie, wie Deutschland im Jahre 2022, Klimaziele stets aufs Neue reißen. Sich dies einzugestehen, ändert freilich nicht das Geringste daran, dass es bestehende demokratische Institutionen gegen Angriffe der radikalen Rechten mit Zähnen und Klauen zu verteidigen gilt.

Neo-imperiale Konstellation: Kein Zweifel, das Szenario einer neo-imperialen Konkurrenz ist in gewisser Weise tragfähiger als die Inszenierung einer simplen Autokratie-Demokratie-Konfrontation. Problematisch werden entsprechende Szenarien jedoch, wenn sie mit der Behauptung versehen werden, Russland sei »ein ›normales‹ kapitalistisches Land in der nun wieder ›normalen‹ imperialistischen Welt« (Crome 2022, 17). Unter den Bedingungen der Zangenkrise kann es weder ein Zurück zu den Rivalitäten des frühen 20. Jahrhunderts noch einen »›normalen‹ Imperialismus« geben. Es mag durchaus sein, dass, wie Adam Tooze feststellt, die USA »der große Gewinner des Ukraine-Krieges« sind (Tooze 2022c).¹⁸ Doch umgekehrt heißt dies: Nicht nur die Russische Föderation, auch China und die Europäische Union gehören, ebenso wie zahlreiche blockfreie Staaten, schon jetzt zu den Verlierern. Ein Charakteristikum der neuen imperialen Konstellation ist jedoch, dass die jeweiligen Hauptmächte ihren kriegführenden Alliierten nicht einfach befehlen können, was sie zu tun oder zu lassen haben. Sicher hat die chinesische Führung Einfluss auf den Machtzirkel um Putin, doch wenn zutrifft, dass die dominanten russischen Eliten von Vergeltung träumen, gleich ob sie damit strategische Vorteile realisieren oder nicht (Crome 2022, 18), wird Druck aus Peking diesen Teil der russischen herrschenden Klassen nicht zum Einlenken bewegen. Die USA besäßen

18 Im Interview erklärt Tooze: »Die Amerikaner sind die großen Gewinner [...]. Geopolitisch und strategisch ist die amerikanische Politik risikoreich, aber auch gewinnbringend. Nicht nur, dass Russland geschwächt wird, die NATO und ihre Allianzen in Ostasien haben neue Energie bekommen. Das alles ist ein großer Gewinn für Amerikas Strategie.«

gegenüber der Ukraine einen mächtigeren Hebel; stellten sie, wie es rechtsradikale Republikaner fordern, ihre Waffenlieferungen an die Ukraine ein, käme das einer Einladung an den russischen Revisionismus gleich, seinen Traum vom Siegfrieden doch noch zu realisieren.

Um wirklich Bewegung in die festgefahrene Kriegskonstellation zu bringen, ist etwas anderes nötig. Wie schon einmal in den 1970er Jahren müssen sich die blockfreien Länder ihrer Kraft bewusst werden und der Gefahr einer neuen Bipolarität rivalisierender Machtblöcke eine eigene kollektive Stimme entgegenzusetzen. Benötigt wird eine New International Economic Order (NIEO), vergleichbar mit jenem Vorschlag, wie ihn einst der tansanische Präsident Julius Nyerere als Kampf um soziale Weltbürgerrechte konzipiert hatte.¹⁹ Im Grunde handelte es sich dabei um den politischen Kompass für eine sozialistische Globalisierung. Selbstverständlich lässt sich dieses Konzept nicht eins zu eins auf die Gegenwart übertragen. Doch die Themen der ausstehenden Nachhaltigkeitsrevolution bieten zahlreiche Anknüpfungspunkte. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass der alte und inzwischen neu gewählte brasilianische Präsident Lula die kriegführenden Parteien im Ukraine-Konflikt während seines Amtsantritts zur unverzüglichen Einstellung der Kampfhandlungen und sofortigen Friedensverhandlungen aufgefordert hat. Trotz aller innenpolitischen Herausforderungen und Putschgelüste, mit denen er sich konfrontiert sieht – Lula könnte zum Sprecher einer neuen Bewegung der Blockfreien werden, die dem Putin-Clan jegliche Möglichkeit nehmen würde, sich als Verteidiger einer ›globalen Unterschicht‹ zu präsentieren. Aufgabe der EU wäre es, eine ›dritte Kraft‹ aus dem Globalen Süden tatkräftig zu unterstützen: mittels kritischer Aufarbeitung der neokolonialen Erblast und v.a. durch die Garantie einer nachhaltigen NIEO, die Gleichberechtigung und kollektive Sicherheit zur Geschäftsgrundlage des internationalen Staatensystems macht.

Ansatzpunkte für eine solche Nachhaltigkeitswende in den internationalen Beziehungen sind reichlich gegeben. Nehmen wir nur das Beispiel einer grünen Wasserstoffwirtschaft, die eine Alternative zu fossiler Energie böte. Man kann eine Wasserstoffwirtschaft so aufbauen, dass sie neo-koloniale Abhängigkeiten fortführt oder gar vertieft; selbiges liefe dann auf eine Art »postfossilen Extraktivismus« (Tittor 2021) hinaus. Möglich wäre aber auch, die Produktion von grünem Wasserstoff im südlichen Chile, in Portugal oder Namibia kooperativ zu gestalten, d. h. Energie zuerst für die herstellende Region zu produzieren und die Handelsbeziehungen so zu justieren, dass sie auf fairen Preisen beruhen und den produzierenden Staaten des Globalen Südens eine wirkliche Entwicklungsperspektive böten. Selbstverständlich müsste eine zeitgenössische NIEO Russland und China einbeziehen, denn Nachhaltigkeit und kollektive Sicherheit sind ohne diese beiden Staaten nicht zu erreichen. Doch in dem Maße, wie eine nachhaltige Integration gelänge, würde die Luft für Despoten dünner. Regimewechsel sind jedoch eine innere Angelegenheit

19 Diesen Hinweis verdanke ich Alex Veit, der einen eigenen Band zu einer neuen NIEO herausgeben wird.

der jeweiligen Gesellschaften. Allein von außen und mit militärischer Gewalt lassen sie sich nicht erzwingen.

Nationaler Befreiungskrieg: »Wir müssen ein Volk, das unter einer kriminellen Invasion leidet, und das ein Recht auf Selbstverteidigung und den Sieg über seinen Unterdrücker hat, ›bedingungslos‹ unterstützen«, fordert Étienne Balibar (2022, 59). Unterstützen ja – aber »bedingungslos«? Das ist, mit Verlaub, nicht nur grober Unfug, eine solche Haltung steht auch in eklatantem Widerspruch zur Problemschicht eines Krieges »gegen die Erde«. Würde eine Unterstützung für die Ukraine wirklich »bedingungslos« gewährt, wäre die NATO längst Kriegspartei, für Waffenlieferungen gäbe es keine Grenze und die Schwelle für einen Atomkrieg würde immer weiter gesenkt. Deshalb wäre es mehr als fahrlässig, solchen Empfehlungen Folge zu leisten.

Das Gegenteil ist richtig. Von humanitärer Hilfe und der Aufnahme von Flüchtlingen abgesehen müssen militärische Unterstützungsleistungen ebenso wie Wirtschaftssanktionen gegen Russland an Bedingungen geknüpft werden. Die zum linken Flügel der Demokratie gehörigen Democratic Socialists haben vorgemacht, wie dergleichen in Politik umgesetzt werden kann. Großzügige Unterstützung für Kiew, Waffenlieferungen eingeschlossen, haben die linken Demokraten anfänglich begrüßt, inzwischen jedoch eine strategische Neuorientierung der US-Ukrainepolitik verlangt. 30 Abgeordnete, unter ihnen Alexandria Ocasio-Cortez, haben Joe Biden aufgefordert, energisch für eine Verhandlungslösung einzutreten: »In Anbetracht der Zerstörungen, die dieser Krieg für die Ukraine und die Welt mit sich bringt, sowie des Risikos einer katastrophalen Eskalation sind wir der Meinung, dass es im Interesse der Ukraine, der Vereinigten Staaten und der Welt ist, einen längeren Konflikt zu vermeiden«. Es sei notwendig, »energische diplomatische Anstrengungen zur Unterstützung einer Verhandlungslösung und eines Waffenstillstands zu unternehmen« und »direkte Gespräche mit Russland zu führen« (*Der Spiegel* 2022).

Noch ist das eine Minderheitenposition innerhalb der demokratischen Partei. Joe Biden praktiziert das genaue Gegenteil, er sagt der Selenskyj-Regierung zumindest offiziell noch immer »bedingungslose« Unterstützung zu. Das muss sich ändern, wenn Verhandlungslösungen eine Chance haben sollen. Dabei gilt es allerdings zu berücksichtigen, worauf polnische Linke von Lewica Razem bereits vor Kriegsausbruch aufmerksam gemacht haben. Den russischen Revisionismus empfinden große Mehrheiten der osteuropäischen Bevölkerungen unabhängig von ihrer jeweiligen politischen Ausrichtung als Bedrohung. Deshalb plädieren die Razem-Linken gemeinsam mit der ukrainischen Partei ›Soziale Bewegung‹ für einen Dritten Weg jenseits von Putinismus und NATO. Dazu gehört, der Ukraine ein Recht auf Selbstbestimmung zu garantieren, das es dem Land ermöglicht, »souveräne Entscheidungen über seine Zukunft zu treffen, auch wenn diese nicht mit den großrussischen Ambitionen übereinstimmen und dem Druck des westlichen Kapitalismus nachgeben« (Malisz u. a. 2022).

Damit treffen die polnischen (und ukrainischen) Linken den Nagel auf den Kopf. Russland hat legitime Sicherheitsinteressen, die postsowjetischen Gesellschaften

Osteuropas aber ebenfalls. Auch sie besitzen ein Selbstbestimmungsrecht, das der Geltendmachung »natürlicher Einflusszonen« des russischen Imperiums nicht geopfert werden darf. Vieles, was die polnischen Razem-Linken und ihre ukrainischen Verbündeten zu einem »dritten Weg« einer internationalen Sicherheitsarchitektur gesagt haben, hat konzeptuell auch nach dem Kriegsausbruch Bestand. Wäre es nicht an der Zeit, diese Vorschläge ernsthaft aufzugreifen und zur Grundlage einer solidarischen Ukraine-Politik von Links zu machen? Alle verlieren durch den Krieg, wäre ihre oberste Maxime – und nur das könnte ein wirksames Gegengift für den prozessierenden Exterminismus sein.

Post Scriptum

Wer militärischen und ökologischen Exterminismus überwinden will, muss ihn an seinen Wurzeln fassen. Exterminismus entspringt aus Apokalypse-Blindheit, die, wie Günther Anders bemerkte, im bloßen Mit-Tun ihre Ursache hat. Das »medial-konformistische Prinzip« findet sich in extremer Form bei Angeklagten in Prozessen gegen die Menschlichkeit. Die Täter haben sich im Prinzip nicht anders benommen, als sie es »in ihrem Arbeitsbetrieb, der sie geprägt hatte, gewöhnt gewesen waren« (Anders 1956/2018, 319). In einem viel trivialeren Sinne Sorge das »aktiv-passiv-neutrale Mit-Tun« dafür, dass der Arbeitende »»mitgetrieben mittreibe«« (320): »Während Arbeiten als solches unter allen Umständen als ›moralisch‹ gilt, gelten in actu des Arbeitens Arbeitsziel und -Ergebnis [...] grundsätzlich als ›moralisch neutral‹; gleich, woran man arbeitet, das *Arbeitsprodukt* bleibt ›jenseits von gut und böse‹.« (Ebd.) Produkt und Herstellung des Produkts seien moralisch auseinandergerissen. Gleich, was der Arbeitenden produziere, ob Giftgas oder eine Wasserstoffbombe, ein Gewissen brauche er dafür nicht. Der Arbeitsbetrieb produziere also »Gewissenlosigkeit«; er sei der »Geburtsort des Konformisten« (321).

Es ist die Wiederherstellung der Einheit von Gewissen und Produktion, an der die Linke zu arbeiten hat. Bis sie in der Lage ist, derart dicke Bretter zu bohren, wird sie bescheiden bleiben müssen. Ein sozialdemokratischer Fraktionsvorsitzender, der im Bundestag eine Weltkarte in die Luft hält, um zu zeigen, dass sich die Hälfte der Menschheit westlicher Sanktionspolitik verweigert, ist dann schon fast ein Akt des Widerstandes gegen gelb-grün gefärbten Bellizismus (Reinecke 2022). Solchen Gesten müssen Taten folgen – rasch und radikal. Das Drängen auf eine diplomatische Initiative zur Beendigung des Ukraine-Krieges ist dafür ein erster unabdingbarer Schritt.

Literatur

Albrecht, Ulrich, »Exterminismus«, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 3, 1997, 1188-1192

Anders, Günther, *Die Antiquiertheit des Menschen 1. Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution* (1956), 4. Aufl., München 2018

- Arendt, Hannah, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft*, 11. Aufl., München 2006
- Balibar, Etienne, »Das ukrainische Paradox. Die Entstehung der Nation aus dem Geist des Krieges«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 2022, H. 8, 49–59
- Beck, Ulrich, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg zu einer anderen Moderne*, Frankfurt/M 1986
- Chancel, Lucas, »Global carbon inequality over 1990–2019«, in: *Nature Sustainability*, 2022, H. 5, 931–38
- Crome, Erhard, »Krieg um die neue Weltordnung«, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 2022, Nr. 130, 14–20
- Derlugian, Georgi (2014), »Was war der Kommunismus?«, in: Immanuel Wallerstein u.a. (Hg.), *Stirbt der Kapitalismus? Fünf Szenarien für das 21. Jahrhundert*, Frankfurt/M., 123–61
- v.Diesteldorf, Jan, »Ein schleichendes Gift«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 19.12.2022
- Dörre, Klaus, »Eine Epoche der Ambivalenz. Von der Zangenkrise zum ›Kampf der Sozialisten‹«, in: *Wissenschaft und Frieden*, 2022a, H. 4, 14–18
- ders., »Kontrollverluste, Autoritarismus und Exterminismus in der Großen Transformation«, in: Günter Frankenberg u. Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Treiber des Autoritären. Pfade von Entwicklungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt/M 2022b, 215–49
- ders., *Teorema da expropriação capitalista*, Sao Paulo 2022c
- Dsarassow, Ruslan, *За лужицю долю!* (Übersetzt in etwa: *Für einen größeren Anteil am Kuchen!*), o.O. 2016
- Fehér, Ferenc, u. Ágnes Heller, *Diktatur über die Bedürfnisse. Sozialistische Kritik osteuropäischer Gesellschaftsformationen*, Hamburg 1979
- Foster, John B., »Notes on ›Exterminism‹ for the Twenty-First-Century Ecology and Peace Movements«, in: *Monthly Review*, Vol. 74, No. 1, May 2022, www. (vgl. Übersetzung im Heft)
- Frankenberg, Günter, u. Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Treiber des Autoritären. Pfade von Entwicklungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt/M 2022
- Galbraith, James, *The End of Normal. Why the Growth Economy Isn't Coming Back – and What to Do When It Doesn't*, New York 2015
- Greiner, Bernd, *Was die USA seit 1945 in der Welt angerichtet haben*, München 2021
- Gresh, Alain, »Der Ukraine-Krieg und der Globale Süden«, in: *Le Monde Diplomatique* (Hg.), *Atlas der Globalisierung. Ungleiche Welt*, 2022, 34–35
- Gürth, Lisa, *Russland. Gewerkschaftsmonitor*, Berlin 2021
- Guterres, Antonio, »Wir kämpfen den Kampf unseres Lebens«, in: *tagesschau.de*, 7.11.2022, www
- Hobsbawm, Eric, *Die Blütezeit des Kapitals 1848–1875. Das Lange 19. Jahrhundert*, Bd. 2, Darmstadt 2017
- Hölschi, René, »Erdgas ist stündteuer, doch die Geschäfte blühen (noch): die Gaskrise am Beispiel von BASF«, in: *Neue Züricher Zeitung*, 27.07.2022, www
- Ischtschenko, Wolodymyr, »Towards The Abyss. Interview«, in: *New Left Review* 133/134, 17–39, 2022a, www
- ders., »Wer kann diesen Krieg wollen?«, in: *Jacobin-Magazin*, Nr. 10, Herbst 2022b, 28–43
- Ivanova, Diana, u. Richard Wood, »The unequal distribution of household carbonfootprints in Europe and its link to sustainability«, in: *Global Sustainability*, 2020, H. 3, 1–12
- Jaitner, Felix, »Russland: Von autoritären Umbrüchen bis zum Krieg«, in *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 2022, Nr. 130, 28–35
- Jessop, Bob, »Bonapartismus ohne Bonaparte: von Thatcher über Blair zum Brexit«, in: Martin Beck u. Ingo Stützle (Hg.), *Die neuen Bonapartismen: Mit Marx den Aufstieg von Trump & Co. Verstehen*, Berlin 2018, 95–117

- Kagan, Robert, *Die Demokratie und ihre Feinde. Wer gestaltet die neue Weltordnung?*, München 2008
- Kagarlitsky, Boris, Interview in: *Third World Quarterly*, Vol. 37, H. 4, 2016
- ders., Puder, Janina & Schmalz, Stefan, »The whole world is becoming more like Russia.« A conversation on deglobalization in the wake of the war in Ukraine«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 32, 2022, 489–502
- Von Lucke, Albrecht, »Ukrainekrieg und Klimakrise. Die geschürte Polarisierung«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 2023, H. 1, 7-10.
- Malisz, Zofia, Magdalena Milenkowska, Dorota Kolarska, Jakub Gronowski, »Die polnische Linke über den Russland-Konflikt: Weder Putin noch Biden«, in: *Berliner Zeitung*, 19.02.2022
- Morris, Jeremy, »Arbeitsprotest, Organisation und Klassenpolitik in Russland«, in: *Russland-Analysen*, 2020, Nr. 389, 2–5
- Müller, Michael, Peter Brandt u. Reiner Braun, *Selbstvernichtung oder Gemeinsame Sicherheit? Unser Jahrzehnt der Extreme: Ukraine-Krieg und Klima-Krise*, Frankfurt/M 2022
- ÖGB, »Ukraine: Regierung droht Gewerkschaft mit kompletter Entmachtung«, in: *oegb.at*, 4.10.2021, www
- Putin, Wladimir, *Rede vor dem Valdai-Forum*, Botschaft der Russischen Föderation, 27.10.2022, www
- Reinecke, Stefan, »SPD-Fraktionschef über Ukrainekrieg: ›Wir dürfen uns nicht damit abfinden‹«, in: *taz*, 25.12.2022, www
- Reuters, »Russland vor Rekordüberschuss in Leistungsbilanz durch hohe Exporteinnahmen«, in: *On Vista*, 9.12.2022, www
- Röthig, Marcel, u. Kateryna Yarmolyuk-Kröck, *Ukraine Gewerkschaftsmonitor*, Berlin 2021
- Schäfer, Paul, »Reflexionen über den Krieg gegen die Ukraine und Möglichkeiten seiner Beendigung«, in: *paulschaefer.info*, Köln 2022, www
- Schlichte, Klaus, »3 x Ukraine: Zur Politischen Soziologie eines Angriffskriegs«, in: *Leviathan*, 2022, H. 3, 413–38
- Schmitt, Carl, *Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum* (1950), 2. Aufl., Berlin 1974
- v.Schulenburg, Michael, »Welche Chancen gibt es für einen Frieden in der Ukraine«, überarbeitete Fassung eines Redebeitrags auf dem Kassler Friedensratschlag am 11.12.2022, MS
- Simmel, Georg, »Der Streit«, in: ders., *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*, Berlin 1908, 247-336
- Der Spiegel, »Demokraten um Ocasio-Cortez verlangen Verhandlungen mit Russland«, in: *Der Spiegel*, 25.10.2022, www
- Statistisches Bundesamt (Destatis), *Russische Föderation. Statistisches Länderprofil*, Ausgabe 02/2022, Wiesbaden
- Ther, Philipp, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europas*, Frankfurt/M 2014
- Thompson, Edward P., »Notes on Exterminism, the Last Stage of Civilization«, in: *New Left Review* 121, 1980, H. 1, 3-31
- Tittor, Anne, *Postfossiler Extraktivismus? Muster und Folgen der Inwertsetzung ländlicher Räume in Nicaragua und Argentinien*, Jena 2021, unveröffentlichte Habilitation
- Tjaden, Karl Hermann, »Nachhaltigkeit und Gewalttätigkeit. Historische und theoretische Bemerkungen«, in: *spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, 2002, H. 126, 13-17
- Tooze, Adam, *Chartbook #130 Defining polycrisis – from crisis pictures to the crisis matrix*, 2022a, www

- ders., *Chartbook #73 Crisis Pictures (Krisenbilder) – mapping the polycrisis*, 2022b, [www](#)
- ders., »Amerika ist der große Gewinner des Ukraine-Krieges«. Interview mit dem Wirtschaftshistoriker Adam Tooze«, in: *Frankfurter Rundschau* vom 18. November 2022c, 26-27
- Umweltbundesamt (Hg.), »Nachhaltigkeitspolitik als Schlüssel zu Stabilität, Sicherheit und Resilienz. Lehren für die Nachhaltigkeitspolitik – ein Diskussionsbeitrag von Harald Ginzky und Matthias Menger«, in: *Texte* 122/2022, [www](#)
- Wahl, Peter, »Von der Kunst, sich selbst ins Knie zu schießen. Das Brüsseler Management der Energiekrise und sein geopolitischer Kontext«, in: *Sozialismus*, H. 11, 2022a, 7-10
- ders., »Anatomie von Kriegen. Die Thukydides-Falle«, in: *Makroskop*, 2022b, [www](#)
- Weiss, Peter, *Notizbücher 1971–1980*, Erster Band, Berlin 1981
- Wood, Tony, »Matrix of War«, in: *New Left Review*, 2022, H. 133/134, 41-64, [www](#)
- World Resources Institute, *CAIT Climate Data Explorer 2021*, Washington D.C. 2021, [www](#)